

B E S C H L U S S

über das Ergebnis der Sitzung des Kreistages am 09.04.2025 im Sitzungssaal des Kreishauses in Euskirchen, Jülicher Ring 32

TOP 22

Antrag zu V 642/2025: Kreishaushalt 2025 - Maßnahmen zur Reduzierung der Kreisumlage - Optimierung Eingliederungshilfen A 192/2025 hier: Antrag der Fraktionen CDU, FDP und UWP

Herr Grutke, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, und Herr Waasem, SPD-Fraktion, beantragen getrennte Abstimmung hinsichtlich der beiden im Antrag genannten Punkte.

Weiterhin kritisiert Herr Waasem, SPD-Fraktion, den zweiten Punkt des Antrages. Er erläutert, dass es einen rechtlichen Anspruch für Eltern gebe. Dieser Anspruch falle nicht aufgrund einer Kürzung des Budgets weg. Dieser Punkt sei inhaltlich weder sinnvoll noch zielführend.

Frau Stolz, CDU-Fraktion, unterstreicht, dass an dieser Stelle keine Fachdiskussion zu führen sei, fordert Herrn Waasem allerdings auf, sich besser zu informieren. Im Rahmen des Rechtsanspruches sei alles Notwendige zu unternehmen, damit ein Kind gefördert werde. Eine weitere Person, in Form einer Klassenassistenz, stelle bereits eine gute Grundversorgung für jedes Kind dar. Bei besonderen Fällen solle es nach wie vor einen Integrationshelfer geben, allerdings könne man hier mit einer Poollösung bereits notwendige Abhilfe schaffen.

Frau Mende, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, stellt klar, dass im Jugendhilfeausschuss am 13.03.2025 dem ersten Punkt einstimmig zugestimmt worden sei. Dem Thema Klassenassistenz stehe man grundsätzlich positiv gegenüber.

Bezweifelt werde allerdings eine Kostensenkung, weswegen der zweite Punkt aus dem Antrag nicht mitgetragen werden könne. Man sei bereit das Thema zur entsprechenden Zeit zu evaluieren, sehe es allerdings derzeit nicht als realistisch an, das Budget für Integrationshilfen um eine Millionen Euro zu senken.

Herr Schorn, FDP-Fraktion, resümiert, dass es sich um einen Haushaltsposten handele, der bereits seit acht Jahren aufs Neue eskaliere. Er sei froh, dass im Rahmen der aktuellen Haushaltsdebatte auch solche Standards hinterfragt werden und dass eine klare Bezifferung zur Einsparung im Raum stehe. Den materiellen Rechtsanspruch könne man dennoch gewährleisten.

Herr Schmitz, SPD-Fraktion, erläutert, dass er sowie Frau Stolz, CDU-Fraktion, den Kreis Euskirchen beim Landschaftsverband Rheinland vertreten. Er erklärt, dass jeder individuelle Rechtsanspruch durch ein externes Gutachten festgestellt werden müsse. Darauf habe der Kreis Euskirchen keinen Einfluss. Eine

Poollösung sei prinzipiell gut, ersetze allerdings nicht den Rechtsanspruch, welchen jedes Kind habe.
Es zweifelt die Rechtskenntnis der FDP-Fraktion hinsichtlich des zugrundeliegenden Gesetzes an.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag 192/2025 und folgende Beschlussfassung getrennt abstimmen:

Punkt 1

Die Erarbeitung eines fachlich fundierten Konzeptes für die Begleitung von Kindern mit Unterstützungsbedarfen in Kindertagesstätten und Schulen, das die Bedarfe der Kinder und Einrichtungen berücksichtigt und dem Umstand Rechnung trägt, dass zukünftig immer weniger personelle Ressourcen im Bereich der sozialen Arbeit zur Verfügung stehen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Punkt 2

Darauf resultierend die Senkung des Budgets für Integrationshilfen um 1 Mio. Euro.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen, bei 21
Gegenstimmen (SPD-Fraktion,
Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Fraktionslos)